

Sichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Sichtenstein-Callenberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübshappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postkontonummer Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Sichtenstein-Callenberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 103.

Dienstag, den 3. Mai 1921

71. Jahrgang.

Geschäftszeit des Stadtrats an Werktagen.

Die Stadthauptkasse, Stadtkanzlei, das Polizei- und Einwohnermeldeamt, Unterstufungsamt, Bauamt, Standesamt sind bis auf weiteres für den öffentlichen Verkehr von 9—1 Uhr geöffnet.

Im übrigen wird die Geschäftszeit für das Publikum wie folgt festgesetzt:

Bei der Sparkasse Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8—1 und 1/2—4 Uhr, am Mittwoch und Sonnabend von 8—2 Uhr;

Bei der Girokasse Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 9—1 und 1/2—4 Uhr, am Mittwoch und Sonnabend von 9—1 Uhr;

Beim Wohnungs- und Mietvereinigungsamt von 11—1 Uhr.

Stadtrat Sichtenstein-Callenberg, den 2. Mai 1921.

Abschnitt 1—5 der Kohlengrundkarte und der Maßabschnitt der Kohlenzugkarte werden zur Belleseierung freigegeben.

Stadtrat Sichtenstein-Callenberg, den 3. Mai 1921.

Wägebüchse für Kinder bis zu einem Jahr fällt diese Woche aus und findet statt: für I—R Donnerstag, den 12. Mai S—Z 19.

von 1/3—1/4 Uhr im Callnberger Rathaus. Das Wohlfahrtsamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie in Kreisen der Reichsregierung verkehrt wird, ist das Reichsamt nach wie vor entschlossen, die Unterzeichnung des Pariser Reparationsabkommens abzulehnen.

Von bestim�mter Seite erfahren wir, daß die Antwort der Vereinigten Staaten in Berlin eingetroffen ist. Aus den einzelnen Ausführungen schließt man in unterrichteten Kreisen, daß die Vereinigten Staaten gewillt sind, die begonnene Vermittlungsaktion fortzuführen.

Wie wir aus Berlin erfahren, liegen von amerikanischer Seite aus maßgebendste Quelle Informationen vor, denen zufolge der Frieden zwischen den beiden Ländern noch im Mai unterzeichnet werden soll. Es verläutet, daß als Vertreter Deutschlands in Washington der bekannte Forscher in der Kriegsschuldfrage, Graf Montgelas ausersehen ist.

Zur Befreiung des Ruhrgebietes fand ein Antrag des französischen Generalsstabes einstimmig Annahme, der hierzu 77 000 Mann fordert und zwar 65 000 Franzosen, 8 000 Belgier und 4 000 Engländer.

„Daily Mail“ schreibt: Was sich auch ereignet, die Deutschen sollen lieber jetzt als später einsehen, daß es ihnen nicht gelingen wird, England von einer Verbindung zu trennen, welche die einzige Grundlage ist, um der eine friedliche Ordnung in Europa bestehen kann. — Künftig auf der Grundlage der Vereinbarungen. T. Red.

Am Sonntag ist in Sydoth in Folge Verfalls der Steuerung ein Aluzer aus 800 Meter Höhe abgestürzt. Es handelt sich um eine neue Maschine, die mit einem 25 PS-Motor und 150 Kilogramm Belastung 6 Stunden fahren sollte. Der Erfinder Hans Rigge wurde, wie die „Freundenblatt“ erzählt, schwer verletzt.

Der Generalstab der französischen Armee erklärt sich in keiner Weise als Anhänger der Sanktionen. Eine neue Sitzung wird einberufen werden, sobald die Londoner Beschlüsse bekannt sind.

Postkammer von Eichen, ein Reste des früheren Reichskassiers, ist zum Geschäftsträger des Deutschen Reiches als Nachfolger des Grafen Oberndorf in Warschau ernannt worden.

Sonntag mittag ist der Dampfer „West Arrow“ mit dem zweiten Transport von 718 amerikanischen Wollschafen und 70 Kälbern wohlbehalten in Bremen angekommen.

Aus Athen wird über London gemeldet, daß Konstantin abjudant abgedeutet. Konstantin werde nach seinem Besuch in Zypern sich nach London begeben, um über die Abdankung zu verhandeln.

Deutsches Reich.

Wutz: Kräfte im Reichsamt.

Berlin. Von einer alten Krise im Reichsamt ist, wie bereits mehrfach erwähnt, jetzt in keiner Weise die Rede, dagegen besteht in parlamentarischen Kreisen natürlich noch wie vor die Auffassung, daß mit Herrn Simons auch Herr Fehrenbach und wohl noch einige andere Mitglieder des Kabinetts in absehbarer Zeit zurücktreten werden, doch ist

man ebenso fest davon überzeugt, daß das nicht geschehen darf, ehe nicht die außenpolitische Lage eine gewisse Klärung erfahren hat. Als solche Ämter, in denen ein Wechsel wahrscheinlich ist, kommen in erster Linie das Finanz- und das Wirtschaftsministerium in Frage. Von den Namen, die in der Presse als Nachfolger der voraussichtlich zurücktretenden Minister genannt werden, steht kein einziger fest, es handelt sich überall um Kombinationen, dagegen wird jetzt der Gedanke besprochen, daß möglicherweise das Bismarckische System einer Personalunion zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzleramt wieder aufleben könnte. Dafür läme natürlich in erster Linie der neue preussische Ministerpräsident Siegelwald in Frage, aber auch diese Möglichkeit ist noch nicht über das Stadium der Vorüberlegungen hinausgekommen.

Jugoslavische Einfuhrzoll auf deutsche Waren.
Nach einer im jugoslavischen Amtsblatt veröffentlichten Meldung wird eine Taxe von 30 Prozent des Fakturenwertes für alle aus Deutschland eingeführten Waren vorgeschrieben. Alle Waren, die an Staatsämter geliefert werden, sind von dieser Taxe befreit, insofern sie vor dem 16. April bestellt oder bezahlt worden sind. Transitwaren werden von der Taxe nicht betroffen.

Polnische Ernüchterung.
Morfantys offizielles Organ, die „Oberschlesische Grenzzeitung“, brachte gestern Abend ein Extrablatt heraus, das große Verwunderung erregt hat. In ihm wird mitgeteilt, daß die interalliierte Kommission dem Obersten Rat den Vorschlag über die Grenzauflösung Oberschlesiens eingereicht habe dahingehend, daß die Kreise Ragnit, Pleß und ein Teil vom Landkreis Rattowitz an Polen abgetreten wird, das gesamte Industriegebiet mit den Nordteichen und dem linken Oberufer jedoch bei Deutschland verbleibt. Da es vorher polnischseits auch in der Grenzzeitung immer und immer wieder behauptet worden ist, daß die interalliierte Kommission sich in ihrem Vorschlag der Morfantys-Linie anpasse, die das gesamte rechte Oberufergebiet für Polen reallimiert, verblüffte dieses Ernüchterungsextrablatt des polnischen Organs. Das polnische Blatt gibt zu seiner Meldung einen kurzen Kommentar, in dem es lakonisch sagt: Die halbpolnischen Meldungen, die in letzter Zeit über die Entscheidung in Oberschlesien verbreitet wurden, finden heute diese Bestätigung. Heute steht die Wirklichkeit vor uns. — Für Deutschland wäre diese Wirklichkeit immer noch traurig genug; denn sie bedeutet den Verlust wertvollen Gebietes, wogegen die deutsche Regierung immer wieder energisch Protest erheben muß.

Die Gefahr im Osten.
Ist jetzt mit im Vordergrund der Beratungen des Reichskabinetts. Es ist zu befürchten, daß die Polen bereits in allerhöchster Zeit nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Mittelschlesien bis Breslau und wohl auch in Ostpreußen vorzürden beschließen. Ob das in der Form einer Teilnahme an den Sanktionen geschieht oder ob es sich dabei um einen offenen Krieg gegen uns handelt, ist eine zweite Frage. Jedenfalls herrscht in Berlin die Ansicht, daß man die ostdeutschen Gebiete nicht schußlos dem polnischen Einfall überlassen darf. Leider scheinen die Gewerkschaften im Gegentag dazu der Auffassung zu sein, daß die Regierung jeden Widerstand gegen einen derartigen unerhörten Friedensbruch, wie er nach allen polnischen Vorberreitungen und Drohungen geplant zu sein scheint, unterlassen solle. Der Standpunkt der Regierung findet unseres Wissens Unterstützung beim Reichspräsidenten Ebert und man hofft, daß dieser seinen Einfluß auf die Gewerkschaften geltend machen werde.

Vor neuen polnischen Forderungen.
Aus Rattowitz wird berichtet: Die Bergarbeiter wurden am Montag morgen gezwungen, zu streiken. Im Augenblick ist die Lage gespannt. Die Einwohner aus den Grubenbezirken flüchten, da man Gewalttätigkeiten befürchtet. Im Laufe des Montag vormittag drangen Kohlenarbeiterführer in die arbeitenden Industriebetriebe ein und forderten die Arbeiter auf, die Arbeit zu verlassen. Dem Gebot mußte Folge geleistet werden. Die größte Befürchtung herrscht darüber, daß die französischen Besatzungstruppen aus den am meisten gefährdeten Gebieten zurückgezogen worden sind. Im Laufe der heutigen Nacht wird mit dem Ausbruch eines neuen polnischen Aufstandes gerechnet.

Harding und Luther.
Zum 400. Jahrestag des Aufstretens Martin Luthers vor dem Reichstag zu Worms wurde in vielen lutherischen

Kirchen Nordamerikas folgendes Schreiben des Präsidenten Harding verlesen: „Bei Gelegenheit der Wiederkehr des Tages, an welchem Luther vor dem Reichstag zu Worms stand, denke ich, wird allgemeine Zustimmung sein, daß Luthers Verteidigung einer unerlöschlichen Reinigung als einer der bemerkenswertesten Beiträge zur geistigen Emanzipation der Menschheit verdient, daß wir seiner gedenken. Eine angemessene Feier des Tages wird ein Zeugnis dafür sein, daß die Welt seit Luthers Zeit große Fortschritte gemacht hat in der Erkenntnis der Idee voller religiöser Freiheit.“

Die Resolution Knox.

Bei der Abstimmung im amerikanischen Senat vom 30. April sind nach der Chicago Tribune sämtliche republikanischen und außer ihnen noch drei demokratische Senatoren für die Entschliegung Knox' eingetreten. Der Antrag des Senators Townsend auf einfache Erklärung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und Amerika wurde mit 44 gegen 26 Stimmen abgelehnt, worauf die Friedensentschliegung Knox' angenommen wurde. — Mit der Annahme durch den Senat erlangt die Resolution Knox noch keine Gesetzeskraft. Zunächst muß sie dem Repräsentantenhaus ebenfalls vorgelegt werden. Dort ist bekanntlich bereits eine Resolution Porter vorgelegt, die jedoch noch nicht verabschiedet ist. Vermutlich wird aus diesen beiden Parlamentsbeschlüssen eine gemeinsame Resolution zusammengestellt werden, die dann dem Präsidenten Harding zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Erst mit der Unterschrift des Präsidenten würde also die aus den Resolutionen Knox und Porter zu erwartende gemeinsame Resolution Gesetzeskraft erlangen.

Den Neutralen gehen die Augen auf.

„Nieuwe Courant“ schreibt: Weder bei der Abstimmung in Oberschlesien, noch bei der in Tirol gab es ein Selbstbestimmungsrecht. Das Ergebnis in Tirol sei so, daß, wenn irgendwann, so jetzt Gelegenheit zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts sei. Aber diejenige Kriegspartei, welche am tätigen in Entschieden schöner Lösungen gewesen sei, wolle nun von der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts nichts hören. Die schönen Redensarten würden nur angewandt, wo sie Vorteil oder dem Gegner Nachteil bringen. Sie hielten kein Mittel für zu verwerflich, um ihren Willen durchzusetzen, und so werde den Präzedenz des Selbstbestimmungsrechts ihre moralische Masse abgerissen. Auch vom Völkerbund sei für Tirol nichts zu erwarten, da er wohl eine Menge schöner Rechte, aber keine Macht besitzt.

Ausland.

Ein französisch-habsburgischer Geheimvertrag?

Wien. Wie in hiesigen gut unterrichteten politischen Kreisen behauptet wird, sei noch vor dem Pariser Friedensdiktat zwischen dem damaligen Präsidenten Poincarre und dem entthronten Kaiser Karl durch Vermittlung des Prinzen Sixtus von Parma ein Geheimvertrag abgeschlossen worden, wonach dem Hause Habsburg die Wiedererrichtung der Donaumonarchie, allerdings unter Wegfall Galiziens, Wälsch-Tirols und der von Serbien und Rumänien annektierten Gebiete, gewährleistet wird, sobald sich hierzu eine politisch günstige Lage ergebe. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde wurde in den Pariser Friedensvertrag das Ausfuhrverbot für Oesterreich aufgenommen. Der von dem Kaiser Karl jüngst unternommene Fiskusversuch in Ungarn, der mit dem stillschweigenden Einverständnis der Pariser Machthaber erfolgte, war ein Fehler in der angegebenen Richtung, der allerdings zu früh ausgestreckt wurde. Hebrigen arbeitet auch in der Tschecho-Slowakei eine unter Führung böhmischer Feudaladeliger stehende Gruppe auf die Rückkehr der Habsburger hin.

Die Schieber im Aufbaugelände.

Paris. Le Peuple teilt mit, daß 46 Industrielle aus dem Bezirk Lille eine Summe von über eine Milliarde Franz auf ihre Forderung zur Kriegsentwädigung erhalten haben, so daß durchschnittlich auf jeden einzelnen 20 Millionen entfallen, während die arbeitende Bevölkerung noch immer in Baracken hausen muß. In der Bevölkerung scheint ziemlich allgemeine Unzufriedenheit über das Verfahren bei der Zuteilung der Entwädigungssummen zu herrschen. Es wird ein Fall erwähnt, in dem eine Fabrik, die im Jahre 1914 ein Kapital von 6 Millionen hatte, vom französischen Staate bereits 90 Millionen Entwädigung für die Zerstörung ihrer Anlagen erhalten hat.

Wiel: „Nennen
ma sagt immer,
M.
eit einigen Tagen
plante große In-
kosten, die am
oll. Man spricht
on etwa 150 bis
die Abgabe auf
der Leistung-
gelamten deut-
Zusammenhang
en bereits in der
der Einzelstaaten
heiten festgelegt
d in dieser Rich-
erzu mittelt, ist
abgabe zu Re-
n Stellen erd-
undgebungen der
e gewisse Rolle
schob, besonders
Erhebung der
indigen Stellen,
Angelei teilt mit:
rungen und die
und Betriebsab-
folgendes hin-
Betrodnung betr.
Hillegungen vom
für den Bereich
n. Ihm müßen
ebensabträge und
be der Anzeigen
Kreisauptmann-
träte oder Ge-
it zweiflos, weil
tliche Befugnisse
elmehr die An-
weiserzeiten mü-
it Nachteilen
age der Anzeige
von 4 bezw.
a des Arbeits-
des Betriebes
Rechtslage nicht
hinausgehoben,
erfüllt durchzu-
klärung darüber,
erlaubt haben,
offizieller Schwie-
Strafandrohung
es zweifelhaft
unter allen Um-
ntschcheidung dar-
brungen werden
zeige so jellig
n bis zu einem
tigen die Ein-
ndenen idneren
anz beförderen
are, d. h. trotz
der bestimmtere
er Mitteilungen
riums vor Ab-
berg.
Kirchgemein-
entums und die
frei.)
ine Beipredung
mer der Placze
Mission
gemeindefaol
Eintritt
frei!
al
äse!
bestens
eter
Angabe
er an die
en.
ed nach
er Mann,
sch
an
1921
Kirsch
lieben.
er nach.
er Straße